

nachrichten

Der Etat für 2003

Wirtschaftsexperten sind der Auffassung, die Regierung sei mit ihrer Angabe, das Wirtschaftswachstum werde im nächsten Jahr fünf Prozent betragen, zu optimistisch. In dem Bericht, den Präsidentin Megawati Sukarnoputri am 16. August 2002 vorlegte, erklärte die Regierung ihre Hoffnung auf einen Anstieg des Brutto-sozialprodukts um fünf Prozent. Dies wäre im Vergleich zum Jahr 2002 ein Zuwachs von einem Prozent. Der Bericht basiert auf der Annahme, dass aufgrund der allmählichen Stabilisierung der Ökonomie die Bereitschaft ausländischer Investoren steigen wird, ihr Geld in Indonesien anzulegen. Zusätzliche Einnahmen verspricht sich die Regierung zudem aus dem Exportsektor. Kritiker halten diese Hoffnung jedoch für verfrüht. Sri Adingsih, Ökonom an der Gadjah Mada Universität, warf der Regierung vor, bisher keinen ernsthaften Versuch unternommen zu haben, das Geschäftsklima zu verbessern. Im Exportsektor sieht er besondere Probleme, da Indonesien in diesem Bereich stark mit anderen Ländern, insbesondere mit China, konkurriert. Die Wirtschaftszahlen untermauern seine These. Denn im ersten Halbjahr 2002 fiel der Export um 6,73 Prozent, während Direktinvestitionen aus dem Ausland sogar um 42 Prozent sanken.

vgl. *The Jakarta Post*, 18.8., *Jawa Pos* 18.8.2002

Ausrufung des Notstands in Poso?

Aminuddin Ponulele, der Gouverneur Zentralsulawesis, und der lokale Polizeichef Zainal Abidin Ishak haben sich gegen die Forderung des Militärs ausgesprochen, in der Region Poso den Notstand auszurufen oder Kriegsrecht zu erklären. TNI-Chef Endriartono hatte argumentiert, lokale Funktionäre seien nicht länger fähig, Gewalt in der Region zu verhindern. Er forderte die Regierung demzufolge auf, in Poso den Notstand auszurufen. Denn nur so könnten lokale Funktionäre an Macht gewinnen, indem sie beispielsweise Ausgangssperren verhängten oder Ausländer aus Poso verdrängten. Endriartono bezog sich auf mehrere bewaffnete Ausländer, die mit Hilfe von Touristenvisa nach Poso kamen. Ein italienischer Tourist war kürzlich getötet worden, als bisher nicht identifizierte Männer einen Passagierbus unter Beschuss nahmen. Zainal argumentierte, der »richtige« Weg, mit den Problemen in Poso umzuge-

hen, sei es, mehr Sicherheitskräfte in den politisch besonders unruhigen Gegenden einzusetzen. Eine Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen habe er bereits angeordnet.

Seit April 2002 hat eine Serie von Attacken das Friedensabkommen, das letzten Dezember von muslimischen und christlichen Repräsentanten in Südsulawesi, Malio, unterzeichnet worden war, bedroht. Poso war nach dem Abschluss des Abkommens, das die religiös motivierten Unruhen beenden sollte, nur für einige Monate relativ friedlich. In den letzten zwei Jahren sind nach offiziellen Angaben 2.000 Menschen in Poso gestorben, die meisten von ihnen Christen.

vgl. *The Jakarta Post*, 19.8.2002

Waldbrände in Westkalimantan

In Westkalimantan wüten erneut großflächige Waldbrände. Angestellte beim lokalen Feuerkontrollzentrum erklärten, insgesamt seien über 1.000 Feuer lokalisiert worden. Die starke Rauchentwicklung hat neben der Behinderung des Flugverkehrs in Pontianak, Westkalimantan und in Malaysia, Sarawak besonders gesundheitliche Folgen. In Pontianak sind die Bewohner gezwungen, Masken zu tragen, die von NGOs verteilt wurden. Die Sichtweite beträgt in den betroffenen Regionen zwischen 10 und 500 Metern.

Die Feuer wurden ebenso wie in den Jahren 1997 und 1998, in denen die Brände monatelang wüteten, größtenteils durch Brandrodung verursacht, die der Errichtung von Plantagen, vorwiegend Ölpalmen, dient. Große Teile des Regenwaldes in Kalimantan wurden abgeholzt, um Ölpalmenplantagen anzulegen. Das ökologische Gleichgewicht ist empfindlich gestört, die Artenvielfalt geht zurück.

vgl. *Jawa Pos*, *The Jakarta Post*, 20.8.2002

Bevölkerung muss den Gürtel enger schnallen

In einem Versuch das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sieht Präsidentin Megawati Sukarnoputri in ihrem Finanzierungsplan für das Jahr 2003 radikale Kürzungen der Subventionen für Benzin, Elektrizität und Nahrungsmittel vor. Zusätzlich sollen die Steuern erhöht werden. Die Regierung schlägt vor, die Subventionen um 39 Prozent auf 2,91 Milliarden US-Dollar zu kürzen. Dies wird sich in einer Erhöhung der Preise für Benzin und Elektrizität niederschlagen. Megawati sagte, die Regierung werde nächstes Jahr den Preis für Strom durchschnittlich um sechs Prozent pro Quartal erhöhen. Diese Maßnahmen dienen dazu, das Defizit des Brutto-sozialproduktes von 2,5 Prozent auf 1,3 Prozent zu senken und damit größere finanzielle Stabilität zu gewähr-

leisten. Der neue Haushaltsplan wird viele Indonesier, die ohnehin noch unter den Folgen der Wirtschaftskrise leiden, zwingen, den Gürtel noch enger zu schnallen. Lediglich Lehrer, Beamte, Soldaten und Polizisten profitieren von dem Plan: das Gehalt der Lehrer soll künftig um 50 Prozent steigen, während der Lohn der Beamten, Polizisten und Soldaten um zehn Prozent angehoben werden soll.

Aufgrund des teilweise mangelhaften Zustands des Bildungswesens, der besonders in letzter Zeit von Experten vielfach angeprangert worden war, hat sich die Regierung nun doch dazu entschlossen, den Bildungsetat auf 1,5 Milliarden US-Dollar anzuheben. Damit steigen die Ausgaben für Bildung von 3,8 Prozent der Gesamtausgaben auf vier Pro-

zent. Artikel 31 (4) der überarbeiteten Verfassung von 1945 sieht jedoch vor, dass der Staat dem Bildungsetat Priorität einräumen und 20 Prozent des gesamten Budgets für eine Verbesserung des Bildungssektors verwenden soll. Die geringe Erhöhung der Ausgaben ist demzufolge als inadäquat anzusehen. Megawati beabsichtigt, das für Bildung vorgesehene Geld hauptsächlich für Grundschulen und traditionelle Islamschulen auszugeben. Auch in Stipendien und anderen Hilfen für Schüler und Studenten armer Familien soll das zusätzliche Geld fließen.

vgl. *Kompas*, 19.8.2002

Regierung gibt GAM Bedenkzeit

Die Regierung hat der Bewegung Freies Aceh (GAM) bis Dezember Zeit gegeben, das Angebot spezieller Autonomie als Grundlage künftiger Friedensgespräche anzuerkennen. Falls die GAM das Angebot ablehnen sollte, habe sie mit massivem Militäreinsatz zu rechnen. Minister für Sicherheit Susilo Bambang Yudhoyono kündigte am 19. August 2002 einen geänderten Kurs im Umgang mit Aceh an und sagte der Presse, er gebe der GAM eine letzte Chance, bevor er »alles tun werde, um die Einheit des Staates zu schützen«. »Wir hoffen, dass GAM sich entschließen wird, das spezielle Autonomieangebot anzunehmen und bewaffnete Konflikte zu vermeiden«, so Susilo.

Am 01. Januar 2001 hatte Jakarta einen speziellen Autonomiestatus für Aceh ausgearbeitet, welcher der Provinz erlaubt, bis zu 70 Prozent ihrer Ölvorkommen zu behalten und islamisches Recht einzuführen. Führer der GAM hatten das Angebot zunächst angenommen, lehnten es aber bei der letzten Runde der Friedensgespräche in Genf, die im Mai stattfand, ab. Das von der Regierung gesetzte Ultimatum lehnt sich an die Aussage von TNI-Chef Endriartono Sutarto an, welcher der GAM ebenfalls drei Monate Zeit gegeben hatte, um den Status der Autonomie anzuerkennen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Susilo betonte, die Sicherheitsmaßnahmen in der Provinz müssten im Falle von Uneinsichtigkeit der GAM verschärft werden. »Um Sicherheit zu gewährleisten, wird die Regierung die separatistische Bewegung vernichten, das Volk schützen und sicherstellen, dass die lokale Regierung ungehindert arbeiten kann«, so Susilo.

vgl. *The Jakarta Post*, 19.8.2002

Erneute Verfassungsänderungen

Der Volksvertretungsrat Majelis Perwakilan Rakyat (MPR) hat im Zuge der vierten Runde von Verfassungsänderungen hinsichtlich der Wahl des Präsidenten, der Zusammensetzung des MPR und der Einführung islamischen Rechts getroffen. Die Änderungen sollen den Weg für ein demokratischeres Indonesien ebnen. Ab dem Jahre 2004 wird der Präsident in Indonesien direkt von der Bevölkerung und damit nicht mehr, wie bisher, vom MPR gewählt. Präsidentin Megawati Sukarnoputri bewertete diesen Beschluss positiv. Ihrer Meinung nach trägt die künftige Direktwahl des Präsidenten maßgeblich zu seiner Legitimation und Autorität in der Bevölkerung bei.

Bezüglich der Zusammensetzung des MPR ist insofern eine grundlegende Entscheidung getroffen worden, als das indonesische Militär Tentara Nasional Indonesia (TNI) seine Sitze im MPR ab dem Jahre 2004 verliert. Analysten sehen dies als einen ermutigenden Schritt an, da zumindest ein Versuch unternommen werde, die starke Stellung, die das Militär bisher in der Politik gespielt hat, einzuschränken. Dennoch reicht die Maßnahme ihrer Meinung nach nicht aus, um die Macht des Militärs in der Politik Indonesiens zu

schwächen. Denn die TNI, ebenso wie die Polizei, habe durch Interessensfraktionen, deren Mitglieder nicht gewählt würden, immer noch Sitze im MPR inne, so beispielsweise Militäranalyst Rizal. Zudem besetzen sie auch Sitze im Abgeordnetenhaus. Des weiteren wurden Forderungen nach einer nationalen Verteidigungspolitik laut, welche die Rolle des Militärs klar definiert. Außerdem kritisierten Experten, dass die TNI direkt dem Präsidenten unterstellt ist und nicht dem Verteidigungsministerium.

Der Einführung der syariah (islamisches Recht), die seit der Unabhängigkeit Indonesiens im Jahre 1945 von verschiedenen Fraktionen immer wieder gefordert worden war, ist auch in dieser Runde der Verfassungsänderungen nicht zugestimmt worden. Nach längerer Diskussion lehnten die Mitglieder des MPR die Forderung der Parteien Vereinte Entwicklung (PPP), Aufgehender Stern (PBB), Daulatul Ummah (PDU), Nationales Mandat (PAN) und Gerechtigkeit (PK), die syariah in die Verfassung einzuführen, ab. Verschiedene Vertreter dieser Parteien kündigten jedoch an, weiterhin für die Einführung der syariah in die Verfassung zu kämpfen.

vgl.: *Kompas*, 19.8., 16.8.2002;
The Jakarta Post, 19.8., 18.8.2002

US-Militär begrüßt Verfassungsänderungen

Thomas B. Fargo, Chef des US-Pazifikkommandos, hat Indonesiens Demokratisierungsprozess begrüßt, gab aber zu bedenken, dass eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen indonesischem und amerikanischem Militär nur möglich sei, wenn die TNI interne Reformen durchführe. Fargo bezeichnete insbesondere die Änderung, die den Ausschluss des Militärs aus den verfassungsgegebenen Organen vorsieht, als »historisches Signal für Reform«. Er lobte Indonesien außerdem für seine Kooperation

im Krieg gegen den Terrorismus und begrüßte die Rolle der TNI, für Sicherheit und Frieden in der Region zu sorgen. »Ich denke, Terrorismus ist ein schwerwiegendes Problem. Ich glaube, Indonesien ist auf der richtigen Spur und wir schätzen die Kooperation«. Fargo erklärte, die USA und Indonesien hätten begonnen, ihre militärische Verbindung zu verbessern, er betonte jedoch erneut, eine Kooperation sei nur unter maßgeblichen Reformen innerhalb der TNI möglich.

vgl. *The Jakarta Post*, 19.8.2002

nachrichten

Tommy Suharto tritt Haftstrafe an

Hutomo »Tommy« Mandala Putra, der Sohn von Ex-Präsident Suharto, trat am 15. August 2002 seine Haftstrafe an. Tommy wurde im November 2001 verhaftet, nachdem man ihn ein Jahr lang erfolglos gejagt hatte. Für den von ihm in Auftrag gegebenen Mord an Richter Kartasasmita wurde er für schuldig befunden und zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Tommy wurde per Hubschrauber ins Gefängnis Nusakambangan geflogen, in dem einige der ehemals meistgesuchten Kriminellen Indonesiens inhaftiert sind. Die Frage der Presse, ob dem prominenten Häftling noch weitere Privilegien in Aussicht gestellt worden seien, wurde vom Chef des Gefängnisses Sumantri verneint: »Tommy wird keine Extras bekommen. Er hat keinen Zellenboden aus Keramik, und es gibt nur ein normales Bad in seiner Zelle«. Sumantri verneinte, Tommy habe Fernseher und Telefon, ließ aber keine Kontrolle dieser Aussage von fremder Seite zu.

vgl. *Kompas*, 16.8.2002